

Artur Abramovych M.A.
Bundesvereinigung Juden in der AfD e.V.
Postfach 270327
13473 Berlin

Zugang via mail an anhoerung@landtag.nrw.de

Herrn Dr.
Marcus Optendrenk MdL
Vorsitzender des Innenausschusses
Landtag Nordrhein-Westfalen
Postfach 101143
40002 Düsseldorf



A05 – Antisemitismus ohne Scheuklappen
Schriftliche Stellungnahme zur Drucksache 17/16273: Kampf gegen
Antisemitismus ohne Scheuklappen – antijüdische Ressentiments in all ihren
Ausformungen entlarven, anprangern und kompromisslos sanktionieren

Sehr geehrter Herr Dr. Optendrenk,
sehr geehrter Damen und Herren Mitglieder des Landtags,

ich danke Ihnen für die mir gegebene Möglichkeit, mich zum Antrag der Fraktion der AfD zu äußern. Bevor ich auf den Antrag im Speziellen eingehe, sei es mir gestattet, einen Blick auf den Wandel der prädominanten Gestalt von Antisemitismus im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte sowie auf die damit für die Politik einhergehenden Herausforderungen zu werfen, deren Kenntnis für die Beurteilung des vorliegenden Antrags unabdingbar ist.

I.

Im Gegensatz zu den übrigen großen monotheistischen Religionen stellt das Judentum eine ethnische Religion dar, es ist mithin Volk und Religion zugleich. Daher ist es seit jeher von einem gewissen Dualismus geprägt. Es vereint sowohl allgemein-menschliche als auch partikular-jüdische Gesetze, Forderungen und Elemente in sich. Der mit einer Jüdin verheiratete und nachmals von den Nationalsozialisten ins Exil gezwungene Schriftsteller Thomas Mann begrüßte den Zionismus 1926 wie folgt: „Die ganze Welt wird von zwei Tendenzen beherrscht, dem Universalismus und dem Nationalismus. Die Juden haben bis jetzt viel für den Universalismus getan, und es wäre Zeit, daß sie auch ihren eigenen Nationalismus

pflegen.“¹ Er interpretierte den Zionismus mithin als Stärkung jener partikularen Seite des Judentums.

Im Verlauf des vergangenen Jahrhunderts haben sich die Gewichte innerhalb des Judentums verschoben, ein Prozess, der 1948 mit der Staatsgründung Israels seinen Höhepunkt erreichte. Dem Judentum gelang nach zweitausend Jahren die Rückkehr aus dem kollektiven Exil ins angestammte Land, und infolgedessen schrumpfte die Diaspora zusammen; und sie schrumpft weiter. Sie schrumpfte zunächst, wie hierzulande selten thematisiert wird, wegen der beinahe restlosen Vertreibung der Juden aus sämtlichen islamischen Ländern. Und jetzt schrumpft sie weiter, vor allem wegen der islamischen Masseneinwanderung nach Europa. Besonders deutlich ist diese Entwicklung, wie auch den Öffentlich-Rechtlichen Medien nicht entging, an unserem Nachbarland Frankreich zu beobachten.²

Inzwischen leben in keinem Land der Welt so viele Juden wie in Israel. Die, um mit Thomas Mann zu sprechen, nationale Seite des Judentums gewann weiter an Gewicht zulasten der universalen. Das ist auch der Grund, aus dem sich die Gestalt des Antisemitismus verändert hat. Die Feinde des Judentums sind nicht ohne Weiteres zu identifizieren mit den Gegnern der Universalisten. Sie sind heutzutage im Gegenteil sogar vornehmlich unter den Gegnern nicht der Universalisten, sondern der Nationen zu finden. Denn das Judentum gehört nun einmal zu jenen Nationen, die ihre Eigenarten nicht aufgeben wollen. Diejenigen, die eine bei Europäern anzutreffende affirmative Haltung zur eigenen Nation und etwaige Kritik an Universalismus und Globalisierung als antisemitisch zu diffamieren versuchen, tun nichts anderes, als das Judentum zu instrumentalisieren; sie projizieren ihr eigenes, bereits obsoletes Bild vom Juden auf das Judentum. Einen Gefallen tun sie damit den heute lebenden Juden keinesfalls, ganz im Gegenteil; denn die Voraussetzung zur Bekämpfung von Antisemitismus ist zuallererst eine unvoreingenommene Diagnose seiner prädominanten Gestalt.

Zwar suggerieren die Polizeilichen Kriminalitätsstatistiken nach wie vor, dass antisemitische Straftaten beinahe ausschließlich von „Rechten“ begangen würden; für vergangenes Kalenderjahr ist dabei, wie eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag ergab, abermals von mehr als 90% PMK-rechts (Politisch motivierter Kriminalität aus dem

¹ Frage und Antwort. Interviews mit Thomas Mann 1909-1955, hg. v. Volkmar Hansen/Gert Heine, Hamburg 1982, S. 106.

² Vgl. z.B.: Tania Krämer: Antisemitismus – Immer mehr Juden verlassen Frankreich, <https://www.dw.com/de/antisemitismus-immer-mehr-juden-verlassen-frankreich/av-47748019>, Bericht vom 01.03.2019.

rechtsextremistischen Spektrum) die Rede.³ Allerdings wird die Zuordnung antisemitischer Straftaten, wie sie in der PKS vorgenommen wird, bereits seit Jahren mitunter vom Zentralrat der Juden KdöR als irreführend kritisiert.⁴ Bei sämtlichen antisemitischen Delikten, in denen verfassungsfeindliche Symbole gezeigt werden, findet automatisch eine Zuordnung zur PMK rechts statt, völlig unabhängig davon, wer die Tat unter welchen Umständen, in welchem Kontext und mit welcher Absicht begeht. So konnte es dazu kommen, dass jene Straftat des abgelehnten afghanischen Asylbewerbers, der auf dem Oktoberfest in München 2018 auf einen Tisch stieg und so lange den Hitlergruß zeigte, bis die Polizei erschien, um ihn abzuführen, als PMK-rechts eingeordnet wurde.⁵ In anderen Fällen werden von Linksradiكالen an AfD-Büros angebrachte Hakenkreuzschmierereien ebenfalls als PMK-rechts eingeordnet, da die Tätermotivation keinerlei Einfluss auf die Einordnung nimmt.⁶ So kommt es zu einer enormen Verzerrung der PKS. Sämtliche unter Juden in Deutschland durchgeführte Umfragen hingegen zeigen deutlich auf, dass es sich um die Urheberschaft antisemitischer Straftaten gänzlich anders verhält, als die PKS suggeriert; etwa diejenige des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, die sogar absolute Mehrheiten der jeweiligen Straftaten, in diesem Fall 62% der antisemitischen Beleidigungen und 81% der antisemitischen Gewalttaten, Muslimen zuordnet.⁷

Es konnte mithin nicht fehlen, dass die Forschung bereits vor zwei Jahrzehnten begann, zunehmend auf die wachsende Bedeutung von linkem und muslimischem Antisemitismus hinzuweisen, nachdem zuvor ihr Hauptaugenmerk beinahe ausschließlich auf rechtem Antisemitismus gelegen hatte. Der britisch-jüdische Orientalist Bernard Lewis (1916-2018) zog die wissenschaftlichen Schlüsse aus diesem Umstand, indem er das Konzept des „Neuen Antisemitismus“ entwarf. Unter diesem Begriff fasste er linken und islamischen Judenhass zusammen, indem er völkischen Antisemitismus zugleich explizit außenvorließ; als bestimmendes Merkmal dieses Neuen Antisemitismus betrachtete er den Antizionismus; es

³ Vgl. BT-Drucksache 20/6: Antisemitische Straftaten im dritten Quartal 2021, S. 3.

⁴ Vgl. z.B.: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/kritik-an-polizeistatistik/>, Bericht vom 08.05.2019.

⁵ Vgl. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_84625354/politisch-motiviertekriminalitaet-ist-hitlergruss-von-afghane-auf-dem-oktoberfest-rechts-.html, Bericht vom 18.10.2018.

⁶ Vgl. BT-Drucksache 19/12151: Kriterien zur Erfassung von politisch motivierten Straftaten, S. 1.

⁷ Vgl. Andreas Zick et al.: Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus" und "Verbreitung von Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung. Ergebnisse ausgewählter repräsentativer Umfragen, Bielefeld: Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung 2017, S. 21.

handelt sich mithin um israelbezogenen Antisemitismus. Der Neue Antisemitismus macht den Juden, anders als der herkömmliche Rassenantisemitismus, nicht länger für Ortlosigkeit und Traditionsfeindlichkeit verantwortlich; er wirft ihm im Gegenteil aus einer vermeintlich progressiven Sichtweise vor, besonders traditionalistisch, chauvinistisch, rassistisch etc. pp. zu sein.⁸

Aus diesem Umstand rühren denn auch die zunehmend häufiger zu vernehmenden Vergleiche zwischen Hitlerdeutschland und dem Staat Israel her. Zugleich ist dieses Konzept vom Neuen Antisemitismus imstande, zu erklären, warum Antisemitismus nicht zwangsläufig rassistisch zu sein hat, ja warum Antisemitismus zuweilen (und zunehmend häufiger) gerade unter sog. Antirassisten und Antikolonialisten anzutreffen ist.

Spätestens 2014, während der Operation Protective Edge und hierzulande stattfindenden, hauptsächlich von Muslimen besuchten Massenkundgebungen gegen Israel, gelangte dieser Gestaltwandel des Antisemitismus auch in Deutschland einer breiteren Öffentlichkeit zu Bewusstsein. Der Antisemitismus dieser Kundgebungen, auf denen man mitunter „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“ skandierte, wurde allerdings dennoch vielfach geleugnet. 2021, abermals während israelischer Reaktionen auf Raketenbeschuss aus Gaza, kam es zu Kundgebungen, deren antisemitischer Charakter noch deutlicher war. Es handelte sich bei diesen Demonstrationen um in der bundesdeutschen Geschichte bis dato beispiellose antisemitische Exzesse, insonderheit angesichts von in nahezu sämtlichen deutschen Großstädten eigens vor Synagogen versammelten Mobs, die nicht nur Israelflaggen verbrannten, sondern, wie in Gelsenkirchen, auch „Scheißjuden“ skandierten. Diese Fälle stehen symptomatisch für den Israelbezug des Neuen Antisemitismus.

II.

Der vorliegende Antrag ist eindeutig bestrebt, den Fokus auf den israelbezogenen Antisemitismus zu setzen. Bereits im ersten Teil des Antragstextes machen die Antragsteller diesen Umstand deutlich. Sie thematisieren darin Verbindungen deutscher Politiker zu islamistischen, antiisraelischen Verbänden, das Abstimmungsverhalten der Bundesrepublik Deutschland in den Gremien der Vereinten Nationen gegenüber Israel sowie die UNRWA.⁹

⁸ Vgl. Bernard Lewis: The New Anti-Semitism. First religion, then race, then what?, in: American Scholar, 4/2005.

⁹ Vgl. Landtag NRW Drucksache 17/16273, S. 1.

Bei letzterer handelt es sich um eines der beiden Flüchtlingshilfswerke der UN. Während der UNHCR für Flüchtlinge unabhängig von ihrer Nationalität zuständig ist, ist die UNRWA ausschließlich für sog. Palästinenser verantwortlich. Eine Vielzahl an Missständen hat in den vergangenen Jahrzehnten Kritik an der UNRWA hervorgerufen. Nicht nur verstoßen ihre Statute eindeutig gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, nämlich insofern, als sie den Flüchtlingsstatus für vererbbar hält (was als natürliche Folge nach sich zieht, dass, obwohl es seit 1949 nicht mehr zu Vertreibungen aus Israel kam, die Zahl palästinensischer ‚Flüchtlinge‘ von Jahr zu Jahr beständig zunimmt, statt zu sinken).¹⁰ Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Funktionäre dieses Hilfswerks zu großen Teilen nicht nur Verbindungen zur, sondern gar personelle Überschneidungen mit der Hamas haben, einer radikal-islamistischen Miliz, die Israel laut Artikel 7 ihrer Charta von der Landkarte fegen will und mitunter in der EU als Terrororganisation gilt.¹¹ Es lässt sich mit Fug und Recht behaupten, dass die UNRWA fest in den Händen der Hamas ist.

Auch der Vorwurf der Antragsteller, es liege hierzulande „eine offenkundige Lernunwilligkeit“¹² vor, ist bedauerlicherweise gerechtfertigt. Nach dem zeitweisen Ausstieg der USA aus dem Kreis der Financiers stieg die Bundesrepublik Deutschland zum größten Geldgeber der UNRWA auf.¹³ Dieser Umstand, auch angesichts der von den Antragstellern erwähnten¹⁴ Skandale in Bezug auf UNRWA-Schulbücher, in denen unumwunden zu Hass gegen Juden aufgestachelt wird, muss einen jeden ernsthaften Bekämpfer des Antisemitismus alarmieren.

Dass die Antragsteller allerdings nicht nur einseitig islamischen Antisemitismus thematisieren, sondern die gesamte Bandbreite des ‚Neuen Antisemitismus‘ erfassen, geht daraus hervor, dass sie im zweiten Teil ihres Antrags auch auf den israelbezogenen Antisemitismus eingehen, der innerhalb der politischen Linken in Deutschland weitgehend Fuß gefasst hat.

¹⁰ Vgl. <https://www.nzz.ch/international/der-palaestinensische-exodus-die-unrwa-und-das-recht-auf-rueckkehr-ein-faktencheck-ld.1446495?reduced=true>, Stand: 05.03.2022.

¹¹ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/zuschuesse-fuer-das-unrwa-wenn-deutsches-steuergeld-antisemitismus-finanziert/27790862.html>, Stand: 05.03.2022.

¹² Landtag NRW Drucksache 17/16273, S. 2.

¹³ Vgl. <https://www.cicero.de/aussenpolitik/un-hilfswerk-fur-palastinensische-fluechtlinge-deutsches-geld-fur-hass-auf-israel-unrwa>, Stand : 05.03.2022.

¹⁴ Vgl. Landtag NRW Drucksache 17/16273, S. 2.

Insbesondere jene Stellen des Antragstexts, die die Arbeit der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung in den Blick nehmen, verdienen Aufmerksamkeit. Es ist ihnen aus meiner Sicht allenfalls hinzuzufügen, dass Gelder der Heinrich-Böll-Stiftung nicht zuletzt an arabische Judenmörder geflossen sind; der Drahtzieher des Attentats, dem im August 2019 das jüdische Mädchen Rina Shnerb zum Opfer fiel, stand etwa auf der Gehaltsliste einer arabischen NGO, die ihrerseits von der Heinrich-Böll-Stiftung gefördert worden war.¹⁵

Die im Antragstext vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen schließlich leugnen einerseits das tatsächliche Vorhandensein des rechten Antisemitismus keineswegs; die gegen ihn gerichteten Projekte sind laut Antragstellern „fortzusetzen“¹⁶. Zugleich machen die Antragsteller aber keinerlei Konzessionen in Bezug auf den Israelbezug des Neuen Antisemitismus, stellen im Gegenteil fest, dass dieser „oftmals als Israelkritik getarnt“¹⁷ sei, und fordern, dass die Geschichte des Staates Israel in die Lehrpläne aufgenommen werde.¹⁸ Insbesondere die letztere Forderung ist aus meiner Sicht geeignet, langfristig und nachhaltig der Entstehung und Verbreitung des Neuen Antisemitismus in Deutschland entgegenzuwirken.

III.

Ich empfehle, dem Antrag zuzustimmen.

Berlin/Ariel (Israel), den 05.03.2022



Artur Abramovych

¹⁵ Vgl. <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/boell-stiftung-australien-und-schoa-leugnung/>, Stand: 05.03.2022.

¹⁶ Landtag NRW Drucksache 17/16273, S. 5.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 6.